

Magdeburg, 15.09.2023

Pressemitteilung: bvvp-Delegierte unterstützen Proteste der KBV und der KVen und wenden sich in einem offenen Brief an Gesundheitsminister Karl Lauterbach

Magdeburg, den 15. September 2023. Die Bundesdelegierten des Bundesverbands der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, haben sich von ihrer Delegiertenversammlung aus in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gewendet. Darin verließen sie ihrer Sorge um die Zukunft der ambulanten Versorgung Ausdruck – eine Sorge, die sie sowohl als Behandelnde als auch als potentiell von somatischen oder psychischen Erkrankungen betroffene Patient*innen formulierten, so die Delegierten.

Kooperation und Vernetzung mit den Behandelnden anderer Fachgruppen seien zentral, um eine gute ambulante Versorgung von Patient*innen mit psychischen Erkrankungen gestalten zu können. Diese Zusammenarbeit sei geboten, um die häufig notwendige begleitende Medikation zu gewährleisten oder auch somatische Komorbiditäten zu behandeln. Psychotherapeut*innen erlebten aber zunehmend, dass es an Haus- und Fachärzt*innen mangle. Besonders alarmierend sei die Situation bei den Kinder- und Jugendlichenpsychiater*innen. Dies erschwere die ambulante Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit schweren psychischen Erkrankungen oder mache sogar deren leitliniengerechte Versorgung unmöglich.

Diesen Mangel an Ärzt*innen aller Fachgruppen und die zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen hätten Politik und Gesetzgebung mit zu verantworten. Ärztlicher und psychotherapeutischer Sachverstand werde ihrer Wahrnehmung nach immer weniger in die verschiedenen Gesetzesinitiativen einbezogen.

Das beim Protesttag der KBV am 18. August 2023 verabschiedete Forderungspapier werde von den Delegierten vollumfänglich unterstützt. Besonders mahnten diese in ihrem Brief die Finanzierung einer ausreichenden Zahl von ambulanten Weiterbildungsplätzen für alle Fachgruppen an. Dies gelte insbesondere für die neue ambulante Weiterbildung zu zukünftigen Fachpsychotherapeut*innen, für die es noch keinerlei Finanzierungsgrundlage gebe. Wegen des sehr hohen Altersdurchschnitts der Fachgruppe könne sich auch bei der Zahl der Versorgenden in der ambulanten Psychotherapie ein Defizit entwickeln bzw. verstärken.

Auch in dieser Legislatur sei eine spürbare Reduzierung des bürokratischen Aufwandes in den Praxen in Aussicht gestellt worden, was sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden sei. Im Alltag erlebten Psychotherapeut*innen jedoch,

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat. Mathias
Heinicke, Psychologischer Psycho-
therapeut

STELLV. VORSITZENDER

Dr. med. Reinhard Martens,
Facharzt für Psychiatrie und Psy-
chotherapie und Facharzt für Kin-
der- und Jugendpsychiatrie und
-psychotherapie

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Dr. med. Gerhild Rausch-Riedel
Ariadne Sartorius
Dr. med. Bettina van Ackern

Dr. med. Michael Brandt
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla

Dipl.-Psych. Eva-Maria Schweitzer-
Köhn

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

dass immer neue und immer detailliertere Verwaltungsanforderungen für Praxisinhaber*innen installiert würden.

Das Gleiche gelte für die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Nach wie vor müssten Psychotherapeut*innen erleben, wie ihre Berufsgruppe als Verhindernde und Bremsende diffamiert würden. Letztlich setze aber der Gesetzgeber – damit letztlich das Gesundheitsministerium – immer wieder enge Fristen für die Installation oder Nutzung dysfunktionaler Produkte. Nicht die Praxis müsse sich an die Technik anpassen, die Technik müsse der Praxis Mehrwert verschaffen – und damit letztlich mehr Zeit für die Behandlung der Patient*innen ermöglichen, betonten die Vertreter*innen der 16 bvvp-Landesverbände.

Die Honorierung der Leistungen müsse den Inflations-bedingten Verlust der Kaufkraft ausgleichen sowie die Steigerungen bei den Praxiskosten vollumfänglich abdecken. Überdies richte sich die Höhe der Vergütung nach den Erträgen der grundversorgenden Fachärzt*innen in den somatischen Bereichen. Das bedeute, dass deren wirtschaftliche Not einen direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Psychotherapeut*innen habe.

Die Delegierten des bvvp mahnten den Gesundheitsminister in ihrem offenen Brief: „Anerkennung und Wertschätzung sind menschliche Grundbedürfnisse. Lassen Sie dem ambulanten System die ihm zustehende Wertschätzung zukommen, indem sie es in ihren Gesetzesvorhaben berücksichtigen und ganz oben auf Ihre Agenda die Wichtigkeit der Sicherung der wohnortnahen ambulanten Versorgung in den Praxen schreiben!“

Sie betonten auch als Bürger*innen, die selbst auf gute Versorgung angewiesen seien, Sorgen und Angst radikalisierten die Menschen, eine gute medizinische Versorgung sei daher ein wichtiger Pfeiler des sozialen Friedens und diene dem Erhalt einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung. „Dafür sollten wir uns mit vereinten Kräften einsetzen.“, mahnten die Delegierten, und forderten den Gesundheitsminister auf, ihre Argumente ernst zu nehmen, die ambulante Versorgung und die Praxen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen zu stärken – zum Wohl aller Patient*innen und der Gesellschaft.

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich annähernd 6.000 Ärztliche, Psychologische sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundespressestelle
Anja Manz - Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54
Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de

Anlage: Die Resolution im Wortlaut